analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis

€ 4,20
20. Januar 2012, Nr. 568
42. Jahrgang, C 9479 E
www.akweb.de

ak

politik
NSU, VS und die Debatte ums NPD-Verbot_**4**
Haiti zwei Jahre nach dem Erdbeben_**8**
Siedlergewalt gegen PalästinenserInnen_11

bewegung
Proteste gegen die Wahlen in Russland_**13**
Naziaufmarsch in Dresden blockieren_**16**
Erinnerungspolitik in Südafrika_**19**

gesellschaft
Recht auf Straße für Sexarbeit_**31**
Neuerscheinungen über Marx_**33**
Walter Benjamins »Passagen-Werk«_**34, 35**

geschichte
Aufgewachsen im Hotel Lux, Moskau_**14**
Die Historikerin und Marx-Forscherin Waltraut Schälike über ihre Jugendjahre im Stalinismus, das Scheitern und die Zukunft des Kommunismus.

Aufstehen zum Hinsetzen

thema
Was ist radikal am zivilen Ungehorsam?
Seite_25–30

Kredit und Macht

Wirtschaft & Soziales Deutschland und die EZB: Geldwertstabilität über alles

Europas Elite ist zerstritten. Vermehrte Käufe von Anleihen der Euro-Länder durch die Europäische Zentralbank (EZB) könnten die Krise stoppen, meint der Niederländische Ökonom Paul de Grauwe. Die DZ Bank sieht in diesen Käufen sogar »die einzige Möglichkeit, den Teufelskreis zu durchbrechen«. Die deutsche Bundesregierung hingegen wehrt sich mit aller Macht gegen die EZB-Anleihekäufe. Was wie ein Streit unter FinanzexpertInnen anmutet, ist vielmehr ein Kampf um die Macht in Europa und um den Status des Euro als Weltwährung. Die Materie ist kompliziert, daher der Reihe nach: Was ist das Ausgangsproblem?

Die Finanzmärkte – also die Kreditgeber der Regierungen – haben das »Vertrauen« in einige Länder der Eurozone verloren. Sie zweifeln, ob ihr Geld in Euro-Staatsanleihen noch gut angelegt ist. Diese Zweifel haben in den vergangenen Monaten die Kurse der Anleihen einiger Staaten sinken lassen. Spiegelbildlich sind die Zinsen gestiegen. Damit werden neue Kredite für Regierungen immer teurer, was das Misstrauen der AnlegerInnen anheizt. Die Anleihekurse fallen weiter, die Renditen steigen und so weiter. (1) Immer größere Rettungspakete und Euro-Rettungsfonds haben das »Vertrauen« der Märkte nicht wieder herstellen können.

Allein die EZB könnte diesen Teufelskreis durchbrechen, meint zum Beispiel Holger Schmieding, Chefvolkswirt der Berenberg Bank. Die Zentralbank müsste sich bereit erklären, im Notfall abstürzende Anleihen aufzukaufen. Dies gäbe den AnlegerInnen wieder Sicherheit. Denn »die EZB kann Geld drucken. Sie kann daher jeden Betrag ausgeben, der ihr nötig erscheint. Da die Investoren wissen, dass der EZB niemals das Geld ausgehen kann, wäre eine EZB-Garantie glaubwürdig und würde eine Panik verhindern. Andersherum gesagt: Da die Investoren wissen, dass die EZB bei einer Panik einschreiten würde, haben sie keinen Grund mehr zur Panik und die EZB müsste gar nicht einschreiten«, erklärt Schmieding. (2)

Tatsächlich kauft die Zentralbank bereits Anleihen von Griechenland, Portugal, Spanien und Italien. Seit Mai 2010 hat sie dafür über 212 Milliarden Euro ausgegeben. Doch betont sie stets, diese Käufe seien begrenzt – zeitlich und in ihrer Höhe. Niemand weiß, wann die EZB aufhört, den Markt zu stützen. Folglich schafft ihr Anleihenkaufprogramm bei den AnlegerInnen nicht die Sicherheit, die nötig wäre, um die Krise zu stoppen. »Wir brauchen eine Aussage, dass es nie einen Ausfall italienischer Anleihen geben wird«, sagte im November Allianz-Finanzvorstand Oliver Bäte.

Zur Beruhigung der Märkte müsste die EZB also das Versprechen abgeben, im Notfall unbegrenzt zu kaufen. Dagegen wehrt sich aber insbesondere die Bundesregierung. Denn *erstens* würde die EZB per Anleihekauf die Kreditzinsen für Krisenstaaten senken, ihre Schuldenlast erleichtern und so den Druck zu sparen von ihnen nehmen. Und ganz allgemein sei *zweitens* das massenhafte Drucken von Geld durch die Zentralbank ein Stabilitätsrisiko. Spätestens an dieser Stelle steigt der Laie aus und die Fachleute streiten sich.

Anna Blume und Nick Sinakusch

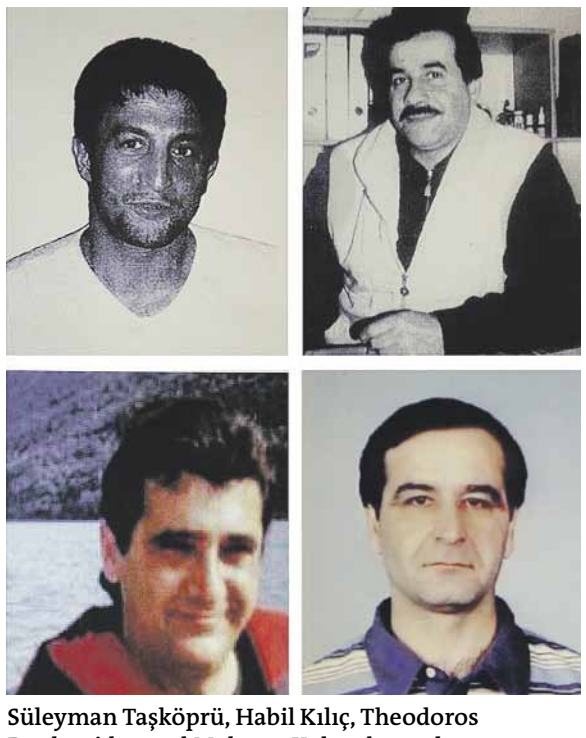
Fortsetzung auf Seite 7 »

Etwas läuft schief

Rechte Nach Bekanntwerden der rechten Morde bleibt der öffentliche Aufschrei aus

Oktober 2000: Nach dem Brandanschlag auf die Neue Synagoge in Düsseldorf ruft der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder zum »Aufstand der Anständigen«. Trotz kritikwürdiger Aspekte markiert die staatliche wie öffentliche Reaktion auf den Brandschlag eine Zäsur im Umgang mit dem deutschen Neonaziproblem: Programme gegen »Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus« werden ausgebaut, und zwar unter Einbeziehung von Zivilgesellschaft und Antifa.

Oktober 2011: Die Taten der Zwickauer Terrorzelle werden bekannt. Es dominieren Verwunderung und Imagesorgen. Auf Gedenkveranstaltungen quer durchs Land versammeln sich nur einige hundert Menschen. Trotz der unfassbaren Tragweite der Taten und eines offensichtlichen Versagens (Mitwisserschaft? Unterstützung?) der staatlichen »Sicherheitsbehörden« bleibt der öffentliche Aufschrei aus.



Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Theodoros Boulgarides und Mehmet Kubaşık wurden von den Neonazis ermordet.

Im Vergleich zur gesellschaftlichen Reaktion vor elf Jahren läuft mehr als nur ein bisschen schief. Das hat nicht nur, aber auch mit einer ultrakonservativen Regierung zu tun, deren Herzensangelegenheit die Bekämpfung eines vermeintlichen »(Links-)Extremismus« ist, die in Sachen Rassismus und Neonazismus aber keine besondere Bedrohung erkennen kann.

Dabei böte die offenkundige Krise die Chance für Einsichten: Erstens, dass es keine Überraschung ist, dass Nazis prinzipiell zum gezielten Töten fähig sind. Antifa-Recherchen haben in der Vergangenheit wiederholt auf gewaltsame Nazistrukturen aufmerksam gemacht. Doch Behörden und Öffentlichkeit haben diese Gefahren in ihrer anti-(links-)extremistischen Verblendung massiv unterschätzt. Zweitens haben Alltagsrassismus und die Ausbreitung von Ideologien der Ungleichwertigkeit ein Klima geschaffen, in dem staatliche Repression kein geeignetes Mittel mehr ist, neonazistischen Gewaltfantasien Einhalt zu gebieten. Was folgen müsste, wäre ein Richtungswechsel in der staatlichen und zivilgesellschaftlichen Bekämpfung von Neonazismus, Rassismus und Diskriminierung. Dabei sind Geheimdienste Teil des Problems und nicht Teil der Lösung. Für ein demokratischeres Miteinander braucht es statt staatlich-repressiver Ablenkungsmanöver wie der Diskussion um ein NPD-Verbot eine öffentliche Debatte um die Diskriminierung und staatlich geförderte Exklusion von MigrantInnen. Gute Vorschläge dafür haben Mobile Beratungsteams und Opferberatungsprojekte bereits im November 2011 mit ihrem Aufruf »Was jetzt zu tun ist« gemacht. Im Gegensatz zum »Anständigen-Aufruf« ist dieser allerdings bisher weitgehend ungehört verhallt.

chronik.LE

chronik.LE dokumentiert neonazistische, rassistische und diskriminierende Aktivitäten in Leipzig und den umliegenden Landkreisen. www.chronikle.org

Weiterlesen auf den Seiten 3–5 und 16–17 »